



Schwerpunkte und Arbeitsgruppen

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat auf der Grundlage ihrer für die nächsten Monate zu bearbeitenden politischen Schwerpunkte vier Arbeitsgruppen (AG) gegründet, die sich neben einer Situationsanalyse auch mit konkreten Konzepten und Fahrplänen zur Landesentwicklung Thüringens befassen.

1. Landesentwicklung, Mobilität und Landesplanung (u.a. soziales Leben auf dem Land, Sozialraum und Gesundheitsplanung, Flächenverbrauch, Arbeitswelt, Energiewende, Mindestlohn, ÖPNV, Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform)

2. Bildung (u.a. frühkindliche Bildung, Schule, Uni, Lebenslanges Lernen, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Kulturfördergesetz)

3. Haushalt, Schuldenbremse (u.a. Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, Gebühren, Beiträge, Entschuldung, Schuldenbremse, Reform des Länderfinanzausgleichs, transparente Haushaltspolitik)

4. Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft (u.a. gute Arbeit, soziale Sicherung, Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Genossenschaften, Inklusion, Barrierefreiheit)

„Das heißt: Kümmern, kümmern, kümmern“

Als „normal und vernünftig“ bezeichnete es Bodo Ramelow auf dem Landesparteitag der LINKEN am 17. November in Wurbach, darzulegen, was die Linksfraktion im Landtag macht, Bilanz und Ausblick zu geben. Es gehe ihr um eine „pragmatische Politik mit radikaler Phantasie“, „die kleinen Schritte und die Zielprojektion der großen Linie“, betonte der Fraktionsvorsitzende.

Er verwies auf die Schwerpunkte der Arbeit der Landtagsfraktion und hob zunächst die Bildungspolitik hervor. In dessen Mittelpunkt steht der „Lern- und Lebensort Schule“, „kein einziges Kind darf zurückgelassen werden“. Eine andere Form von Schule, von Bildung, von Gemeinwesen müsse möglich sein.

Die Bildung ist ein Schwerpunkt der vier Themenkomplexe, zu denen die Fraktion Arbeitsgruppen (AG) gebildet hat (siehe nebenstehenden Kästen) und zum Mitdiskutieren aufruft.

Scharf setzte sich Bodo Ramelow mit der verfehlten, kontraproduktiven Politik der CDU/SPD-Landesregierung auseinander. Während diese Gemeindefusionen fördere, lehne sie es ab, eine umfassende Verwaltungsreform, die die Voraussetzung notwendiger Veränderungen ist, zu thematisieren und „werden die Bürger als Manövriermasse der herrschenden Politik missbraucht“.

„Wir müssen über eine große Steuerreform reden“, immer wieder mahnte der Fraktionsvorsitzende in seiner Rede bundespolitische Weichenstellungen für eine gerechte Politik vor Ort an: „Gerechtigkeit bedeutet, starke Schultern müssen auch mehr tragen“, sagte Bodo Ramelow. Stattdessen würden Vermögen und Banken geschützt, aber nicht die Bürger und nicht die Kommunen.

Dass Neonazis „benutzt, genutzt und geduldet wurden“, dass es sich



um ein „Versagen der Sicherheitsbehörden in Gänze“ handle und die NSU-Mordserie hätte gestoppt werden können“, betonte der

Fraktionsvorsitzende. Er würdigte die Aufklärungsarbeit der Abgeordneten der LINKEN Martina Renner (s. dazu auch das Interview mit ihr auf der nächsten Seite) und Katharina König sowie der zuständigen Fraktionsmitarbeiter – „wir brauchen dafür die Kraft der Landtagsfraktion“.

Zur Energiewende hat die LINKE

„ein umfassendes Angebot unserer Vorstellungen vorgelegt“. Der Landespolitiker knüpfte an die „rote Handschrift in Mecklenburg-Vorpommern“ an, wo die Prozesse mit den Energiedörfern im Sinne von regional und regenerativ organisiert werden und damit den Menschen unmittelbar nützen.

Er hob hervor, dass nun mit dem Verkauf der Eon-Anteile an die Kommunen die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft in Thüringen – eine langjährige Forderung der LINKEN – konkret wird und warnte an die Adresse von Vertretern der Landesregierung: „Aber statt die Kommunen zu diesem Schritt zu ermutigen, wird Gift gestreut, werden die Gemeinde-räte in Dauerstress versetzt.“

Abschließend betonte Bodo Ramelow die drei „K“, die für die Stärke der LINKEN stehen: „Kommunal, kompetent, konsequent oder übersetzt für uns als Landtagsfraktion heißt das: Kümmern, kümmern, kümmern – für ein lebenswertes Thüringen für alle Bürgerinnen und Bürger.“

Der Fraktionsvorsitzende appellierte an die Genossinnen und Genossen: „Lasst uns auf die Bürger zugehen, lasst uns aktiv für die Menschen anpacken!“

Die Bürger sind die Leidtragenden

Die prekäre Situation vieler Städte und Gemeinden in Thüringen rückt in diesen Tagen mit dem im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2013/2014 anstehenden Landtagsbeschlüssen zur Kommunalfinanzierung wieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit, treibt die Bürgermeister, Landräte und Kommunalvertreter sowie ihre Spitzenverbände um und hat inzwischen sogar die CDU erreicht.

Ob es jedoch zu den notwendigen Korrekturen in der herrschenden CDU-SPD-Landespolitik gegenüber den Kommunen kommt, bleibt abzuwarten. Die LINKE indes wartet schon lange nicht mehr ab, sie steht mit an der Spitze der Proteste und führt die Aktionen unter dem aufrüttelnden Motto „Kommunen in Not“, wie hier im Foto am Rande der September-Landtagssitzung, fort.

Gleich drei Landtagsabgeordnete positionierten sich kürzlich in einem Pressegespräch, um der Öffentlichkeit die Überlegungen der Linksfraktion zum Kommunalteil des Landeshaushalts für die nächsten beiden Jahre vorzustellen.

Der finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion, Mike Huster, verwies auf die Diskussion über das von der Landesregierung vorgelegte neue Finanzausgleichsgesetz, bei dem sich die Kommunen zurecht über ihre Finanzausstattung sorgten. Mit Blick auf die für 2012 prognostizierten 200 Millionen Euro Steuermehreinnahme erläuterte der Abgeordnete seinen Vorschlag über Veränderungen des Schuldentilgungsplans und Umschichtungen im Haushalt den kommunalen Finanzausgleich in den nächsten beiden Jahren um je 50 Millionen Euro aufzustocken.



Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion erinnerte erneut an die strukturellen Defizite der Städte, Gemeinden und Landkreise in Thüringen. Er mahnte in großer Eindringlichkeit eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform an: „Die Strukturen müssen in Ordnung gebracht und leistungsoptimierter werden“, betonte der Abgeordnete. Die Koalition aber wolle das Problem aussitzen, „Leidtragende werden die Bür-

ger sein“.

Der Haushaltspolitiker Ralf Kalich, sprach zu einem weiteren Vorschlag zur anstehenden Debatte des Doppelhaushalts 2013/2014: Zur Unterstützung der Investitionen der Schulträger will die LINKE, dass ein Programm für Schulen und Schulsport-hallen in Höhe von 15 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung gestellt wird, dass also die Schulinvestitionspauschale auf 30 Millionen Euro aufgestockt wird.

Der Staat wollte nicht hinsehen

NACHGEFRAGT bei MdL Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses

Mehr als ein Jahr ist vergangen seit dem Aufliegen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Seit Februar arbeitet der Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und behördliches Handeln“ des Thüringer Landtags. Im Bundestag sowie in Sachsen und Bayern sind ebenfalls Untersuchungsausschüsse tätig. Welches vorläufige Resümee kann gezogen werden?

Die Untersuchungsausschüsse und die öffentliche Aufklärung sind an den Kernfragen angelangt – wie viel wusste der Staat vom Terror-Trio, von seinem Untertauchen, dem Unterstützer-Netzwerk und möglicherweise sogar von den Morden. Und die Hauptfrage bei allem ist, hätte die rassistische Mordserie verhindert oder wenigstens gestoppt werden können, gab es Hinweise, die missachtet wurden.

Bereits heute steht fest, dass man angesichts der Bagatellisierung neonazistischer militanter Strukturen in den 90er Jahren und der dauerhaften Verneinung einer Gefahr des Rechtsterrors sagen muss: Der Staat wollte oder konnte nicht hinsehen. Er sah weg, weil er gefangen von der Vorstellung, die Bedrohung des Staates gehe von Links aus, keine sachgerechte Analyse der extrem rechten Ideologien, Organisationen und Aktionen vornehmen konnte.

Auf der anderen Seite unterstützte der Verfassungsschutz durch seine Spitzel in der Anti-Antifa und anderen gewalttätigen Strukturen die Radikalisierung der Szene durch Geld, Know-How und Technik. Die Polizei wurde behindert, Neonazis wurden vor Polizeimaßnahmen gewarnt, auf die Justiz wurde Einfluss genommen, sodass Ermittlungen ins Leere liefen. Gerade auch Veröffentlichungen in kritischen Medien haben zudem zutage gefördert, dass es Spitzel im direkten Umfeld von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gab.

Inwiefern ist der gegenwärtige Stand der Aufklärung schon ein gewisser Erfolg?

Anfangs konnten wir gar nicht damit rechnen, soweit zu kommen, denn es wurden viele Fragen abgelehnt und Akten nur zögerlich zur Verfügung gestellt. Erst hieß es, es gab überhaupt keine V-Leute im direkten NSU-Umfeld und nur zwei Spitzel im Thüringer Heimatschutz (THS).

Heute reden wir von etwa 40 V-Leuten und Informanten im „Thüringer Heimatschutz“ und von Quellen der Geheimdienste, die über den Aufenthaltsort informiert waren, von Waffen für die Drei wussten oder selbst sogar Sprengstoff besorgt haben. Also ich glaube, dass der Aufklärungsauftrag der Öffentlichkeit ernst genommen wird, nicht nur von kriti-

sehen Medien, sondern auch von den Untersuchungsausschüssen, der Schuld der Behörden nachzugehen und nicht nur von Pleiten, Pech und Pannen zu sprechen.

Wo liegen die Ursachen, dass die Morde überhaupt möglich waren?

Man hat der Neonaziszene solche rechtsterroristischen Aktivitäten nicht zugetraut – eine grobe Fehleinschätzung der Sicherheitsbehörden. Man wusste in den 90er Jahren, sie erwerben Waffen, sie proben mit Sprengstoff, es gab die ersten Anschläge mit Briefbomben und



Sprengfallen. Es gab Listen potentieller Anschlagziele und konkrete Pläne, gespeist aus der ideologischen Annahme, die „weiße arische Rasse“ befände sich in einem Krieg und es sei Aufgabe der „politischen Soldaten“ der Neonazibewegung, in den Untergrund zu gehen. Die Morde sollten als Zeichen an die Migranten verstanden werden „verschwindet oder wir vernichten Euch“. Diesen Kontext einer weltweiten rassistischen militanten Bewegung hat man nicht ge-



Ehemalige Verfassungsschützer vor dem NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag. Auch Peter-Jörg Nocken, Anfang der 90er Jahre vom VS-Landesamt Hessen nach Thüringen gewechselt, konnte sich zumeist „nicht mehr erinnern“. Das Medieninteresse an den öffentlichen Ausschusssitzungen ist groß. Bei spiegel-online hieß es: „Die Hartnäckigkeit, mit der die Linke-Abgeordneten Katharina König und Martina Renner Zeugen ausquetschen, verlangt Respekt.“ Und das Protokoll der Zeugen-Aussagen, das Katharina König live aus den Ausschusssitzungen ins Netz stellt, ist inzwischen mehr als ein Geheimtipp geworden. Die nächsten Sitzungen am 3. und 4. Dezember - siehe www.haskala.de.

sehen. Dann kommen die verschiedenen Fehler der Ermittlungsbehörden dazu. Dass man immer nur im Milieu der Opfer selbst gesucht hat und eben nicht in Betracht zog, dass es sich um eine rechtsextreme Mordserie handeln könnte, weil man auch in beteiligten Polizeibehörden der Länder und des Bundes rassistischen Vorurteilen und Stereotypen den Vorrang vor sachlicher Ermittlerarbeit gab. Politik hat einen hohen Anteil, weil sie die Gefahren des Neonazis-

mus in den 90er Jahren nicht sehen wollte, dafür lieber linken und antifaschistisch Engagierten und Aktiven durch die Sicherheitsbehörden nachstellen ließ.

Die Verantwortung der Geheimdienste ist evident: Die Dienste in Bund und Land haben viel Anteil am Erstarken der militanten Strukturen in den 90er Jahren und keinen Anteil bei einer entsprechenden Analyse und Praxis gegen diese Bestrebungen der extremen Rechten.

Kann man von bewusster Vertuschung sprechen?

Es waren verschiedene Ebenen involviert: die Polizeidienststellen vor Ort, die Landeskriminalämter der beteiligten Bundesländer, das BKA – jede Ebene macht den gleichen Fehler, zieht alles ins Kalkül, aber nicht die Möglichkeit eines rassistischen Serienmordes. Das ist doch ein systematisches Problem und nicht das Versagen Einzelner.

Auf der Seite der Geheimdienste reden wir vom Militärischen Abschirmdienst, vom Bundesamt für Verfassungsschutz und von den verschiedenen Landesämtern – hier werden Neonazis als Spitzel geführt, die in Führungspositionen sind, die Informationen geben, und man geht den Dingen nicht nach.

Ob man sie nicht ernst genommen hat oder ob man es nicht wissen wollte oder ob man ahnte, welche Rolle die Geheimdienste in diesen Strukturen spielen und daher nicht offensiv mit den Ermittlungsbehörden zusam-

fassungsschutz und über die Justiz ärgerten, konkret über Einflussnahme auf Polizeiarbeit auf der einen Seite und eine nicht nachvollziehbare Einstellungspraxis bei rechtsextremen Straf- und Gewalttaten auf der anderen Seite.

Von den damals Verantwortlichen in Politik, Justiz und Verfassungsschutz hatten wir hingegen immer die gleichlautende Aussage, „das liegt solange zurück, daran kann ich mich nicht erinnern“, „ich bin nicht der richtige Adressat Ihrer Frage“, „das weiß ich nicht genau“, „das kann ich mir nicht vorstellen“ etc. Sie wollen sich offenbar dieser ja auch vielleicht biografisch schmerzlichen Auseinandersetzung nicht stellen.

Aber wir können aus den Akten und Medienveröffentlichungen mittlerweile ein Gesamtbild aus den 90er Jahren erstellen, das ganz klar macht, wo damals das Versagen und die Schuld von Politik und Behörden lagen. Ob sich der Einzelne daran nun nicht mehr erinnern kann, wird am Ende nicht so entscheidend sein für die Feststellungen des Untersuchungsausschusses.

Wie ist die Aufklärung der Behörden heute zu beurteilen?

In Thüringen wird seitens der Landesregierung mittlerweile den Anforderungen der Untersuchungsausschüsse des Landes aber auch des Bundes in der Regel umfassend und schnell nachgekommen.

In Einzelfällen prüfen wir derzeit aber auch, ob und wann Akten vernichtet wurden. Aber wenn wir uns ansehen, wie Bundesbehörden und andere Landesämter mit den Ansinnen der Ausschüsse umgehen – und es sind keine Bitten, sie sind gesetzlich verpflichtet, Auskunft zu erteilen –, dann macht einen das schon wütend. Vor dem Hintergrund der Schredder- und Schwärzungsaktionen machen sich die Behörden weiter verdächtig.

Wenn sie Teil der Aufklärung sein wollen, dann müssen sie ganz anders und offensiv und transparent mit den Ansinnen aus den Untersuchungsausschüssen umgehen. Jedes Mauern, jedes Zurückhalten, jedes Vernichten von Akten wird das Engagement der Untersuchungsausschüsse hervorrufen, noch weiter und intensiver zu bohren. Am Schluss werden die Dinge doch zutage gefördert.

Und es werden auch persönliche Konsequenzen gezogen werden müssen bis dahin, ob nicht bei der einen oder anderen Person strafrechtlich relevantes Fehlverhalten im Bereich von Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Geheimnisverrat oder Strafvereitelung vorliegt.

(Für das Gespräch dankt Annette Rudolph)

Für eine Kultur des Willkommens

Bodo Ramelow zum „Thüringen Monitor 2012“ im Landtag

was er für seltsame Thesen dort vertritt. Es sind biologistische Thesen und es sind auch rassistische Thesen, deswegen muss man sich mit dieser Form des Stammtischs in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.“

Der Fraktionsvorsitzende hatte außerdem zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin betont, dass sie zu Recht auf das Denkmal der ermordeten Sinti und Roma in Berlin hingewiesen habe: „Es ist eigentlich eine Schande für uns Deutsche, dass es so lange gedauert hat, dass auch den Sinti und Roma würdig gedacht wird,

ter: <http://www.die-linke-thl.de/politik/aktuell/>

Wie ein Mantra

Dass sie es „mittlerweile ein Stück weit satt“ habe, „dass wir jeden Monitor dazu nutzen, diese notwendigen Werte der Gesellschaft, wie Weltoffenheit, Toleranz, Interkulturalität, Bekenntnis zu Heterogenität und Zuwanderung, vor uns herzutragen wie ein Mantra und dann passiert wieder ein Jahr nichts mehr“, betonte die Innenpolitikerin der Linksfraktion, Martina Renner, in ihrer Rede zur Regie-



Protest der Abgeordneten der Linksfraktion im Landtag gegen eine NPD-Kundgebung am Rande der Plenarsitzung am 20. September. Mit vielfältigen Aktionen hatten sich die Landtagsabgeordneten sowie Gewerkschafter und Bürgerbündnisse dem Rassismus der Rechtsextremisten entgegen gestellt.

die ermordet wurden in der Hitlerbarbarei. Sie haben das zu Recht angesprochen. Aber warum haben wir dann den Abschiebestopp für Roma nicht hier auf der Tagesordnung? (...) man darf nicht im selben Moment Roma in einen Winter abschieben, wo es besser wäre, wir würden Menschlichkeit walten lassen. Dieses Stück Menschlichkeit mahne ich an.“

Die komplette Rede von Bodo Ramelow als Audio-Datei im Internet un-

terklärung. „Für den, der Zweifel daran hat, dass nichts passiert“, empfehle sie „mal einen Blick in den Beschluss des letzten CDU-Landesparteitags in Seebach unter dem Motto ‚Zeit für Zusammenhalt‘, der kann diese vielen Seiten Papier mal durchlesen und mal bitte die Begriffe Weltoffenheit, Interkulturalität und Zuwanderung suchen. Sie werden noch nicht mal in den Kapiteln zu Werten und Demographie eines dieser Worte finden.“

In seiner Rede zur Regierungserklärung „Thüringen-Monitor 2012“ am 22. November im Thüringer Landtag hat Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, Weltoffenheit und „eine Willkommenskultur“ für Thüringen gefordert. Von den Befunden der sozialwissenschaftlichen Studie, die erstmals im Jahr 2000 aufgelegt wurde und inzwischen in der 12. Fortschreibung vorliegt, sei er am meisten über die Islamophobie besorgt.

„Wir haben ein Problem beim Thema Ausländerfeindlichkeit“, betonte der LINKE Politiker und verwies auf die „Paradoxie, dass auf einmal beim Thema Wirtschaft in einer Form argumentiert wird, als wenn der Ausländer, der Nichtdeutsche hier erwünscht ist, wenn er uns allen nützt. Das setzt alle anderen unter den Generalverdacht, dass sie unnützlich sind. Das ist die Einteilung in nützliches und unnützes Leben.“

Bodo Ramelow richtete sich direkt an die Ministerpräsidentin und forderte eine „ehrliche Debatte, z.B. wenn es um den Rechtsextremismus geht“ und dass „wir ein Landesprogramm brauchen gegen Rechtsextremismus, ein Landesprogramm gegen Menschenfeindlichkeit“ und nicht ein Um-diese-Dinge-herumreden.

Mit Verweis auf den Thüringen-Monitor und aktuelle Geschehnisse unterstrich der Fraktionsvorsitzende: „Das Thema Islamophobie und die Frage Ausländerfeindlichkeit sind verbunden mit Araberfeindlichkeit, ein Befund, der uns hier ganz stark ins Stammbuch geschrieben worden ist. (...) Ich bin der Meinung, dass alle abrahamitischen Religionen zu uns gehören und Teil unseres Lebens sein sollten. Herr Wulff hat das mal sehr mutig gesagt, danach war er kein Bundespräsident mehr.“

Bodo Ramelow verwies im Gegensatz dazu auf Sarrazin: „Herr Sarrazin ist derjenige, der hier vom ‚Islam-Gen‘, vom ‚Muslim-Gen‘ spricht oder das zumindest in den Raum setzt. Dann kommen sehr viele Menschen, hören ihm zu, sind ganz fasziniert,

KURZ UND PRÄGNANT

Heizkostenpauschale

„Die Heizkosten müssen umgehend wieder in die Wohngeldberechnung einfließen und das Wohngeld an die Wohnkostenentwicklung angepasst werden. Energie-Ausgaben dürfen die Menschen nicht arm machen“, so MdL Heidrun Sedlaczik.

Unterrichtsausfall

„Das Kultusministerium darf vor den Problemen des Unterrichtsausfalls nicht die Augen verschließen“, fordert MdL Dirk Möller und verweist auf 34.600 Stunden, die in den drei Erhebungswochen des letzten Schuljahres ausgefallen sind. Dazu kamen 33.100 Stunden fachfremd vertretener Unterricht, die Dunkelziffer sei noch höher.

Fracking-Verbot

„Die Linksfraktion fordert die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative für ein Fracking-Verbot auf“, so MdL Tilo Kummer. „Wir brauchen keine neuen Moratorien, nur ein konsequentes Nein zu dieser umweltgefährdenden Methode der Erdgasgewinnung.“

Sanktionsregime

„Mehr Sanktionen bei vor allem jungen Hartz-IV-Betroffenen führen nicht zu einem Mehr an Vermittlung“, sagt MdL Ina Leukefeld. DIE LINKE lehnt das Sanktionsregime ab: „Unser Ziel ist eine existenzsichernde und sanktionsfreie Grundsicherung für alle Menschen, die ihrer bedürfen. Die Arbeitswelt muss endlich so konzipiert werden, dass sie Chancen für alle eröffnet.“

Pressemitteilungen der LINKE-Fraktion: <http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/>

NACHRICHTEN

Kulturlastenausgleich

Wenig Konkretes zur Neuausrichtung der Thüringer Kulturpolitik hat Minister Christoph Matschie bei seiner Regierungserklärung am 23. November im Landtag verkündet. „Der Kulturlastenausgleich und regionale Kulturentwicklungskonzepte sind ein guter Schritt in die richtige Richtung, aber der Weg zu echter Kulturförderung ist lang. Noch wissen wir nicht einmal, wie das Mehr an Geld im System zu welchen Konditionen in den Kommunen ankommen wird. Wir befinden uns also weiter im luftleeren Raum“, konstatierte die Kulturpolitikerin der Linksfraktion Dr. Birgit Klauert. Es bleibe nur zu hoffen, dass die guten Ansätze des Kulturkonzepts auch tatsächlich mit Leben gefüllt werden. „Verantwortungsvoll geht anders“, hatte die Abgeordnete am Ende ihrer Rede betont.



Im Rahmen der Herbst-KulturTOUR besuchten Landtagsabgeordnete und Mitarbeiter der LINKEN die steinzeitliche Ausgrabungsstätte Steinrinne Bilzingsleben im Landkreis Sömmerda, an der Spitze die kulturpolitischen SprecherInnen der Landtags- und der Bundestagsfraktion, Dr. Birgit Klauert und Dr. Luc Jochimsen. Der hier zu besichtigende archäologische Schatz ist ein Pfund, mit dem Thüringen noch viel mehr wuchern muss - da waren sich alle einig.

Winterabschiebestopp

Als „parlamentsunwürdig“ bezeichnete die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger, die CDU/SPD-Ablehnung der dringlichen Beratung des gemeinsamen Antrags der LINKEN und der Grünen zum Erlass eines Winterabschiebestopps am 21. November im Landtag. „Während auf Bundesebene sich CDU-Politiker des Vokabulars der Asyl-Debatte Anfang der 90er Jahre bedienen und von ‚Asylmissbrauch‘, ‚Wirtschaftsflüchtlingen‘ und ‚massiven Zustrom‘ reden, verweigern sich in Thüringen die Abgeordneten der Regierungskoalition einer sachlichen Diskussion über die Fluchtgründe für Roma aus Serbien und Montenegro und über die humanitäre Verantwortung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Not“, betonte die Abgeordnete.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Sitzungen des Landtags in diesem Jahr finden vom 12. bis 14. Dezember statt und die ersten Plenarsitzungen im Jahr 2013 vom 23. bis 25. Januar.

Ausstellungseröffnung:

Am 5. Dezember, 13 Uhr, wird in der Galerie der Linksfraktion im Thüringer Landtag (4.Etage) die Ausstellung „Auf der Suche nach Wegen“ des kubanischen Malers Alexis Fernández Arce eröffnet und im Anschluss zu einem Vortrag mit Diskussion zum Thema „Kubanische Kunst und Kultur“ eingeladen.

www.die-linke-thl.de

Internet und Netzpolitik

Der Ausbau der Internetpräsenz der Linksfraktion im Thüringer Landtag und die professionelle Nutzung von Neuen Medien und Web 2.0 geht voran. Als erste (und bisher einzige) Landtagsfraktion bietet DIE LINKE auf ihrer Homepage einen regelmäßigen Livestream am der Landtagssitzungen an.

Interessierte können auf diese Weise die gesamte dreitägige Plenarsitzung in Wort und Bild im Internet verfolgen. Inzwischen ist am 21. November 2012 erstmals eine Fraktionssitzung der LINKEN per Livestream ins Internet übertragen worden – das gab es in der Landespolitik bisher nicht, damit beschreitet die Fraktion im Freistaat Neuland.

Zunehmend können auf der Homepage der LINKEN die Statements der Abgeordneten zu aktuellen Themen nicht nur als Texte, sondern auch in Form von Video- und Audiodateien genutzt werden. Zu aktuellen Ereignissen wie der Beschirmung des Landtags vor NDP-Nazis, den Protesten von Kommunalpolitikern vor dem Landesparlament oder den Worten des Gedenkens an die antijüdische Pogromnacht von 1938 liegen Webvideos vor. Am 22. November hat Bodo Ramelow im Landtag auf die

Regierungserklärung zum „Thüringer-Monitor 2012“ reagiert – wenig später war seine Rede als Audio-Mitschnitt im Internet verfügbar.

Während der diesjährigen „Linken Medienakademie (LiMA) regional“ in Thüringen (am 7./8. Dezember in Jena und Erfurt), zu deren Veranstaltungen die Landtagsfraktion DIE LINKE gehört, ist auch die Gründung einer



„Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Netzpolitik“ vorgesehen. Die Auftaktveranstaltung dieser LiMA regional ist die Podiumsdiskussion „Wem gehört das Netz?“, an der Bodo Ramelow (Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag), Johannes Pönader (Politischer Geschäftsführer

der Piratenpartei) und Professor Reinhard Schramm (ehemaliger Leiter des Landespatentzentrums an der TU Ilmenau) teilnehmen.

Die Kompetenzen der Thüringer mit den Neuen Medien haben sich in der Linkspartei herumgesprochen. Bodo Ramelow, Vorsitzender Linksfraktion im Thüringer Landtag, wurde im September 2012 zum „Kommunikations- und Netzbeauftragten des Parteivorstandes“ berufen.

Gemeinsam mit einer offenen Projektgruppe und weiteren Partnern (darunter die Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik, die LiMA und die Rosa-Luxemburg-Stiftung) steht für ihn das Motto „Die digitale Linke ausbauen“ auf dem Programm. Dazu gehören laut Vorstandsbeschluss umfassende Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, „um in der Debatte um Netzpolitik und in der praktischen Realisie-

rung internetbasierter Transparenz und Beteiligung bestehen zu können“. Ein ausdrücklich formuliertes Ziel ist die „Verbesserung der digitalen Beteiligungs- und Kommunikationsstrategie unserer Partei“.

Stefan Wogawa

Offenlegungsdebatte zu Nebeneinkünften

Aktuell gibt es eine öffentliche Diskussion zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften von Abgeordneten. Angestoßen wurde diese durch Veröffentlichungen zu Einkünften eines Bundestagsabgeordneten und Ex-Bundesfinanzministers aus zahlreichen Vortragsveranstaltungen.

Die LINKE-Fraktion hat daher ihren Gesetzentwurf zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften aus dem Jahr 2007 aktualisiert, erweitert und erneut in den Landtag eingebracht. Damals war ein aktuelles Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zu Offenlegungsverfahren im Bundestag der Ausgangspunkt, die Aufnahme entsprechende Regelungen auch in das Thüringer Abgeordnetengesetz zu verlangen. Der nun eingebrachte Gesetzentwurf stellt klar, dass die Mandatsausübung der Mittelpunkt der Tätigkeit von Abgeordneten zu sein hat.

Er regelt ein Verbot von Dienstleistungsverträgen zwischen Unternehmen und Abgeordneten, bei denen den Zahlungen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, eingeschlossen finanzielle Sanktionen bei Zuwiderhandlung gegen das Verbot. Er schreibt die umfassende Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften fest, eingeschlossen Auftraggeber, genaue Einnahmen, Firmenbeteiligungen samt Höhe des Anteils usw. und enthält Sanktionen (Ordnungsgeld) für Pflichtverletzungen bei der Offenlegung. Die umfassen-

den Informationen sollen nicht nur bei der Landtagspräsidentin angemeldet, sondern auch im Handbuch und auf den Internetseiten (dort alle drei Monate zu aktualisieren) des Landtags veröffentlicht werden.

Nach Ansicht der Linksfraktion haben die Menschen in Thüringen Anspruch auf diese umfassenden Informationen, um sich ein möglichst genaues Bild davon machen zu können, wie die Abgeordneten tätig sind und vor welchem Hintergrund persönlicher und finanzieller Interessen sie sich positionieren und ihre Entscheidung treffen.

Auch die Ministerpräsidentin und die Fachminister sollen zukünftig Nebentätigkeiten und -einkünfte veröffentlichen. Der aktuelle Gesetzentwurf überträgt daher die Offenlegungs-Regelungen für die Abgeordneten auch ins Ministergesetz. Außerdem soll es eine Karenzzeit für Minister geben zwischen Ausscheiden aus dem Amt und der Aufnahme einer neuen Tätigkeit.

Die Vorschläge der LINKEN fanden in der Plenardebatte im Grundsatz Zustimmung über alle Fraktionen hinweg, auch wenn zu den Details mehr oder weniger deutliche Kritik zu hören war. Im Justiz- und Verfassungsausschuss soll der Gesetzentwurf nun eingehender debattiert werden. Die LINKE hat schon den Antrag auf Anhörung angekündigt. Außerdem wollen die Abgeordneten der Fraktion wie schon 2007 wieder offenlegen.

Sandra Steck

Gewalterfahrungen

„Für viele Frauen ist Gewalt immer noch traurige Alltagserfahrung, dabei sind Frauen mit Behinderungen besonders betroffen“, sagte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, MdL Karola Stange, im Vorfeld der Veranstaltung zu diesem Thema am 26. November in Erfurt. Nach einer Untersuchung der Uni Bielefeld zu „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ haben 74 bis 90 Prozent der Frauen körperliche Gewalt durch ihre Eltern erfahren. 20 bis 34 Prozent erlebten sexuelle Missbrauch in Kindheit und Jugend durch Erwachsene. Das sei jede dritte bis fünfte Frau, die als Tochter misshandelt oder missbraucht worden sei. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Wenig überraschend

Es sind mehrere Medien, die derzeit vor dem Aus stehen. Nach der Insolvenz der Nachrichtenagentur ddpd folgte die Traditionszeitung „Frankfurter Rundschau“ (FR). Inzwischen hat es auch die „Financial Times Deutschland“ (FTD) aus dem Konzernhaus Gruner + Jahr erwirbt. Von letztgenanntem Medium wird mir vor allem die ungewöhnliche Farbe im Gedächtnis bleiben: sie sah schon am Kiosk aus wie gut abgelagertes Altpapier.

Nein, Häme ist eigentlich fehl am Platz, wenn auch die Entwicklung nicht wirklich überrascht. In der FTD erscheinen derzeit nur schlecht als Artikel getarnte Nachrufe, deren Kontext aufschlussreich ist: ihr Untergang sei „ein Desaster für uns“, denn damit „brechen uns die erfahrenen Ansprechpartner weg“, wird in einem aktuellen Text die berüchtigte Investmentbank Goldman Sachs zitiert. Dass es vielleicht gerade diese Nähe von Journalisten zur destruktiven Finanzbranche ist, wegen der die Leser sich abwenden, darüber denkt man wohl nicht nach. Die ddpd gehörte ohnehin einem Finanzinvestor...

Interessant ist die Entwicklung der einst angesehenen FR. Die wurde 2004 von der SPD-Medienholding DDVG übernommen. Zwei Jahre später feuerte man den Chefredakteur. Nach dessen Angaben lag die Ursache im Streit mit SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier, die eine negative Berichterstattung über die Linkspartei angeregt hatte. Dann wurde der Medienkonzern DuMont Schauberg Mehrheitseigner der FR, der sie endgültig tot sparte. Diese FR war nur ein erbärmlicher Schatten früherer Tage. Interessant ist, dass in Deutschland die Auflagenhöhe von Zeitungen durch eine „Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.“ (IVW) ermittelt wird. Journalismus nur als Verpackung von Werbeanzeigen? Das kann nicht gut gehen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.